№ 1700. Donnerstag, den 29. Januar. (Abend-Ausgabe.) 1863.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 8½ Uhr Vormittags.

Berlin, 29. Januar. Das „Journal de St. Petersbourg" vom 28. Januar meldet, daß die Telegraphenverbindung zwischen Warschau und Petersburg wieder hergestellt ist. Es sind Truppen an den Bug abgegangen zur Herstellung der demolirten Eisenbahn. Die Russen besetzten Suracz, ein Detaschement marschirte nach Tykoczin zur Verfolgung der in den Wäldern sich aufhaltenden zahlreichen Insurgentenbanden. In Warschau ist Alles gut. Es haben sich Banden bei Brzesc Litewsk und Biala Podoliska gezeigt. Die an Polen grenzenden Bezirke Kowno, Grodno und Volhynien sind in Belagerungszustand erklärt. Das polnische Landvolk hat sich an dem Aufstande nicht betheiligt. Die Truppen sind überall concentrirt, die Rebellion wird allerorts unterdrückt.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

Lemberg, 28. Januar. Die „Gazetta Narodowa" berichtet: Die polnischen Insurgenten überfielen die Stadt Tomaszow (Gouv. Lublin) an der galizischen Grenze, vertrieben von dort 500 Kosaken und entwaffneten viele Kosaken-Grenzposten. Tausend Insurgenten stehen bei Ostroyka. Gegen die zwischen Brzesc Litewsk und Biala Podoliska campirenden Banden ist Militair ausmarschirt.

Angekommen 11½ Uhr Vormittags.

Petersburg, 29. Januar. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" bringt Nachrichten aus Polen bis gestern Mittags. Die Insurgentenbanden sind in den Wäldern versteckt; an mehreren Orten haben die Bauern die Aufrührer ausgeliefert. Bei Lublin sind 20 Individuen, darunter ein Priester, ausgeliefert und den Kriegsgerichten übergeben worden. Von allen Orten, von wo her Nachrichten eingetroffen sind, lauten dieselben günstig.

Die telegraphischen Nachrichten befinden sich auf der letzten Seite.

Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Januar.

Präsident Grabow. Am Ministertische: Graf zur Lippe, Herr v. Selchow, dann Herr v. Bismarck, Herr v. Bodelschwingh, Graf zur Eulenburg, später Herr v. Mühler, Herr v. Roon und Fürst W. Radziwill. — Adreßdebatte.

Abg. Twesten: Wenn die Regierung Vorlagen über den Staatshaushaltsetat von 1862 und über eine gesetzliche Feststellung der Heeresorganisation gemacht hätte, so würde ich mit dem Grafen Schwerin gegen eine Adresse gewesen sein. Da aber solche Vorlagen nicht gemacht sind und da das Haus der Abgeordneten allein nicht schweigen kann, wenn es von anderer Seite heftig angeschuldigt wird, so ist eine Adresse nothwendig. Der letzte Zweifel darüber ist gehoben durch die letzte Erklärung des Ministerpräsidenten. Gestern ist von dem Herrn Ministerpräsidenten constatirt worden, daß es sich nicht nur um einen Conflict zwischen der Volksvertretung und den einzelnen Ministern handelt, sondern um einen Conflict zwischen der Krone und der Volksvertretung oder vielmehr zwischen der Krone und dem Lande, das in dieser Frage inniger als je zusammenhält (hört! hört!); darum müssen wir uns an die Krone wenden. Am Schlusse der vorigen Session hat der Ministerpräsident wiederholt erklärt, er hoffe eine Einigung zwischen Regierung und Volksvertretung wieder herzustellen. Eine Einigung war nur auf Grund materieller Concessionen zu erzielen. Nachdem Hr. v. d. Heydt offen erklärt, solche seien nothwendig, v. Roon zu Concessionen geneigt erschien, mußte das Auftreten des Ministerpräsidenten bei seinem Eintritt in das Ministerium gerechten Zweifel erwecken, ob jene Absicht Ernst gemeint sei. Die Theorie vom Recht der Regierung, welche durch die Interpretation des Art. 99 aufgestellt wurde, mußte, indem die Ansprüche der Macht mit mit der Maske des Rechts bekleidet wurden, Mißtrauen und Opposition steigern. Eine heilsame Lösung ist in diesem Augenblick ferner als je, das Mißtrauen war vollkommen gerechtfertigt. — Der Herr Ministerpräsident scheint mit den Radicalen aller Zeiten sich zu freuen, daß die Situation klar sei. Klar ist sie, aber nicht gut. Wir vertreten die ersten Grundsätze des Constitutionalismus, der Minister den Absolutismus in nacktester Form. (Hört! Hört!)

Ich habe den Beschluß des Hauses in der Militairfrage beklagt und bekämpft um der Sache selbst willen und um eine Verschärfung und Zuspitzung des Conflikts zu vermeiden, aber wenn man jetzt behaupten will, das Haus sei der angreifende Theil, so ist das eine Verdrehung. Die neue Organisation war nicht bestehendes Recht. Es handelte sich um Einführung von etwas Neuem, um ein weites Hinausgehen über das Alte. Das Abgeordnetenhaus hat nicht das Bestehende angetastet, sondern der Einführung des Neuen widersprochen, zu dem wegen der erforderlichen Abänderung von Gesetzen und wegen neuer Geldbewilligungen seine Zustimmung nothwendig war. (Hört, hört!) Damit hat es nur sein verfassungsmäßiges Recht geübt. (Hört, hört, Bravo!) Die Regierung aber hat bei jeder Wendung agressiver die Rechte der Volksvertretung verkürzt. (Hört!) — Anfänglich wurde die Beistimmung des Hauses als nothwendig vorausgesetzt. v. Patow und v. Roon rechtfertigten die vorläufige Einführung und Aufrechterhaltung der Organisation durch den Drang der Umstände. Sie erkannten aber auf das Unzweideutigste das Recht des Hauses an. Sie erklärten, daß wir das Recht hätten zuzustimmen und zu verweigern, daß in letzterem Falle alles rückgängig gemacht werden könne und müsse. (Hört, hört!) Dann taucht das bekannte Dogma von der Kriegsherrlichkeit der Krone auf, das alte absolute Dogma, daß die Regierung Alles allein verstehe, daß sie allmächtig und allweise sei. (Hört, hört!) Das verträgt sich mit dem Constitutionalismus nicht. Der Herr Ministerpräsident hat so gethan, als ob das Haus den König hofmeistern wolle. Das ist eine unrichtige Darstellung. Die Kammer hat das Recht und die Pflicht, neue Einführungen zu prüfen, die Kosten derselben zu bestimmen, wie überall so auch in Militairangelegenheiten. (Bravo!) Sie darf sich das Recht nicht nehmen lassen.

Es handelt sich um die ökonomischen, sozialen und finanziellen Verhältnisse dieses Landes. Wenn das Haus hier nicht competent ist, so ist es nirgends competent. (Hört, hört!) Mit den Erklärungen des Ministerpräsidenten trat die letzte und schlimmste Wendung ein. Das ganze Bewilligungsrecht wurde in Frage gestellt. Diese Theorie ist allerdings bereits 1850 von dem Herrn v. Bismarck und Kleist-Retzow verfochten worden, aber sogar von dem Minister v. Manteuffel perhorrescirt worden. (Hört, hört!) Herr von Bismarck hat daran erinnert, daß ja, so lange unsere Verfassung daure, in jedem Jahre mehre Monate ohne Budget regiert worden sei. Aber dabei wurde die Zustimmung der Volksvertretung vorausgesetzt, es handelte sich am allerwenigsten um Ausgaben, zu denen das Haus seine Zustimmung versagt hatte. Nach erfolgter Verweigerung kann von einer solchen Zustimmung, von einer bona fida nicht die Rede sein. (Hört, hört!) Diese Theorie und diese Praxis stellt die ersten Grundsätze unserer Verfassung in Frage. Das ist keine Interpretation, sondern eine Aufhebung der Verfassung. (Hört!) Nach dieser Auslegung wäre die Verfassung das Papier nicht werth, auf dem sie geschrieben. (Hört! Bravo!) Zum Bewilligen gehören 3 Factoren, zum Verweigern aber nur einer. (Hört! sehr richtig!) Der Herr Ministerpräsident meint, wenn das Haus allein jede Ausgabe verweigern könne, dann könne es damit Alles erzwingen. Dagegen liegt das Correctiv verfassungsmäßig in der Auflösung. (Hört!) Das Haus würde bald vom Lande verlassen werden. (Hört!) Das Land will seine Rechte aufrecht erhalten, aber eben so sehr wünscht es den Frieden mit der Krone. Das Land soll die Macht haben, in der gesetzlichen Form sein Recht durchzusetzen. (Hört!)

Herr v. Manteuffel und Herr von Arnim-Boitzenburg haben selbst die Ansicht ausgesprochen. Nach dem Willen des Landes muß auf die Dauer in jeder Staatsform regiert werden, die constitutionelle Regierungsform giebt dafür nur die Regeln an. Auch diejenigen, die in der materiellen Frage der Regierung nahe standen, werden in die schärfste Opposition getrieben. Auf diesem Boden ist keine Ausgleichung möglich. Einer oder der andere Theil muß weichen, das Haus wird nicht weichen, auch dann nicht, wenn die Verfassung fällt. (Stürmisches Bravo.) Es ist einig bis auf die kleine Partei, welcher weder ihre wirthschaftliche Bedeutung im Staatsleben, noch ihre politische Bedeutung zur Seite steht, sondern nur ihre Prätension, allein regierungsfähig zu sein, welche ihren Einfluß nur darauf übt, daß sie sich der meisten höhern Stellen und fast ausschließlich in der Umgebung der Krone befindet. Sie wird als Partei nur mächtig, wenn die Krone in Conflict mit der großen Mehrheit des Volkes ist. (Hört!) Dann ist sie bereit, unter jeder Bedingung die Gewalt zu übernehmen und sogar Conservative denken kaum noch an dauernde Institutionen, sie denken nur an die augenblickliche Aufrechthaltung der Macht. Sie stellen sich dem Absolutismus zur Disposition, weil sie nur durch ihn und mit ihm noch etwas sind. Sie sind allerdings allein regierungsfähig, wenn es darauf ankommt, gegen den Willen und ohne Rücksicht auf das Recht des Landes zu regieren. (Bravo, hört!) Die erste Bedingung für die Regierungsfähigkeit einer Partei ist, daß sie verfassungsmäßig regieren kann. Nach der Erklärung des Hrn. Ministerpräsidenten fällt die Budgetlosigkeit der Regierung zur Last, außerdem ist sie für den Beschluß des Herrenhauses verantwortlich. Wenn das Herrenhaus auch große Fortschritte gemacht hat in politischer Haltung und würdiger Vorsicht seit den Zeiten, da der Graf Alvensleben ausführte: „die Verwerfung des Budgets sei gleichbedeutend mit der Steuerverweigerung, mit der Heraufbeschwörung der Revolution in das Land und zu solchen extremen Schritten könne die erste Kammer niemals schreiten" — so würde das Herrenhaus doch einen solchen extremen Schritt niemals gethan haben, wenn die Regierung widersprochen hätte. Aber die Regierung wollte eben kein Budget, nachdem nicht ihr ganzes Budget bewilligt war (Hört!) Einen Angriff auf das Herrenhaus darf ich mir wohl jetzt erlauben. Nach den Ausfällen, die man dort gegen das Haus geschleudert hat, sind wir dem Herrenhause keine Courtoisie mehr schuldig. (Heiterkeit, hört!) Man sagt zwar zur Rechtfertigung, zuweilen müsse das formelle Recht dem Heile des Vaterlandes weichen. Das ist die Entschuldigung jeder Frevelthat. Das Recht soll nicht sporadisch, sondern immer herrschen. Am wenigsten sollte sich die Regierung gegen das Recht auf die Macht berufen. Auch ist für den jetzigen Augenblick wohl für Niemand ein Vorwand zu den berüchtigten Staatsrettereien vorhanden. Jeder erkennt sogar — abgesehen von Recht und Unrecht — einen herben thatsächlichen Widerspruch darin, wenn um ein Mittel der Staatskraft, wie das Militär ist, zu verstärken, die Staatskraft selbst geschwächt und gelähmt wird, wie es durch einen Conflikt zwischen Regierung und Volk unzweifelhaft geschieht. Um irgend einer — wirklichen oder vermeintlichen — Verbesserung willen das Grundrecht des Landes zu verletzen, das vergiftet das Rechtsgefühl des Volkes, das vernichtet Treu und Glauben; und je mehr die Person des Königs in den Streit hineingezogen wird, desto mehr droht es sogar den Zusammenhang zwischen Dynastie und Volk zu lockern. Das rächt sich früher oder später: zuerst im Wachsen einer Stimmung des Mißtrauens und des Pessimismus, die für die Zukunft eine liberale Regierung immer schwieriger macht. — Wohin soll die Fortsetzung dieses Systems führen? Zwei Wege sind möglich: Entweder man regiert fort — mit oder ohne Auflösung des Hauses — ohne sich um die Volksvertretung zu kümmern. Das hätte einen völligen Stillstand der Geschäfte zum offenbaren Schaden des Landes zur Folge u. würde die Regierung dem Auslande gegenüber lähmen. Die Schwierigkeit eines solchen Regiments ohne Verfassung würde bald zur hellen Unmöglichkeit werden. Diesen Stilstand aber würde die Regierung nicht auf die Volksvertretung abwälzen können. Sie würde der schuldige Theil bleiben. Oder — und das ist der zweite Weg — es tritt an die Stelle der französischen geräuschlosen Verfassungsverletzung, der acute, laute und offene Bruch der Verfassung durch Octroyirung eines Wahlgesetzes. Das möchte in der jetzigen Zeit schon ein eigenthümliches Wahlgesetz sein (Heiterkeit), das der Regierung für den Verfassungsbruch und die unmodificirte Militärreorganisation eine Majorität schaffte. Ueber die Stimmung der besitzenden Classen kann kein Zweifel obwalten. Der Rechtsbruch würde wohl für den Augenblick durchzusetzen sein, aber eine Umkehr zur Ordnung immer schwieriger, der Staat in seinen Grundfesten erschüttert, einer unheilbaren Zerrüttung Preis gegeben werden. — Wenn unter so verhängnißvollen Umständen gesprochen wird, muß ohne Umschweife gesprochen werden. Da die Annahme des Entwurfs der Commission feststeht, bedaure ich die Einbringung noch anderer Entwürfe, die den Schein erregen könnten, als ob über die Hauptfrage, die Verletzung der Verfassung, eine Spaltung in der großen liberalen Partei herrsche. Auch ich hätte gewünscht, daß Einiges aus dem Entwurfe weggeblieben, Einiges anders gefaßt worden wäre. — Die Krisis, in der wir uns befinden, verlangt eine zwar ehrerbietige, aber feste und rückhaltlose Sprache. Es ist vorauszusehen, daß die Adresse als eine Beleidigung Sr. Majestät verschrieen werden wird. Sie entspricht indeß vollkommen der Situation und sowohl dem constitutionellen Staatsrecht, als auch dem alten Verhältniß zwischen Krone und Volk. In der guten alten Zeit kleideten die Landstände ihre Beschwerden noch in ganz andere Formen! (Beifall.) Eines ist richtig, was der Herr Ministerpräsident constatirt hat: zwischen diesem Hause und diesem Ministerium ist keine Eintracht, kein Zusammenwirken zum Heile des Staats möglich, und selbst wenn der äußere Conflict in irgend einer formellen Weise beigelegt werden sollte, so ist doch keine Gemeinsamkeit da möglich, wo das gegenseitige Vertrauen bis in seine tiefsten Wurzeln erschüttert ist. Will die Regierung einen Vorwand, das weitere Verhandeln mit diesem Hause abzubrechen, so mag sie die Adresse dazu benutzen, es wird ihr auch an einem anderen nicht fehlen. Das Land wird wissen, wo es die Schuld zu suchen hat und nie Partei nehmen für den Bruch der Verfassung gegen ihre Vertheidiger. — Den Passus über das Ausland hätte ich allerdings lieber anders gewünscht, man hätte den Anschein vermeiden müssen, als solle die Ansicht des Auslandes über unsere Zustände provocirt werden. Aber die Hinweisung auf die Stellung Preußens zum Auslande, vor Allem zu Deutschland, war nicht zu umgehen, das gehörte zur Bezeichnung der Lage. Den verbrauchten Vorwurf unpatriotischer Gesinnung, wenn die Opposition auf Minderung des Ansehens des Staates im Auslande hinweist, brauchen wir nicht zu scheuen. Gerade in Ländern von höchstem Nationalgefühl ist die Stellung zum Auslande häufig Ursache zum Sturz unpopulärer Regierungen gewesen. Die Abweisung des todtgebornen Delegirtenprojects ist freilich erfolgt. Das ist nur die alte Geschichte, in der besonders die Deutschen stark sind, daß in der Negative Jeder stark ist. Aber was hilft es, jetzt von gerechten Ansprüchen der deutschen Nation, von einer mit realer Macht ausgestatteten Vertretung des deutschen Volks zu sprechen? Jedes positive Gelingen ist jetzt für Preußen eben so unmöglich, wie für die österreichischen Pläne, welche immer nur die negative Bedeutung haben, daß keine wirkliche Aenderung zu Stande kommt. Es ist nicht nöthig, in dieser Beziehung auf den Hohn der Gegner hinzuweisen; der Ton, den die Freunde anschlagen, ist bezeichnend genug, hat doch die „Karlsruher Zeitung" neulich es offen erklärt, jeder Schritt zur preußischen Hegemonie sei jetzt ein Wahnsinn. Nirgend erhebt sich eine Stimme für die Regierung als in einigen Pariser Blättern, welche, wie Sie wissen, Berliner Correspondenten haben. (Heiterkeit, die auch der Ministerpräsident theilt.) An Stelle der moralischen Eroberungen sind moralische Niederlagen getreten. In Sachsen und in Baiern kommt man jetzt vorwärts in der organischen Gesetzgebung, in der Entwickelung der materiellen Interessen. Auch in andern Ländern hat man die Politik des Stillstands versucht, aber doch wagt man nicht mehr die Grundlage der Verfassung anzutasten. Das zerreißt den sittlichen Zusammenhang zwischen Volk und Dynastie, der allein zum untrennbaren Heile beider eine ruhige Entwicklung des Landes garantiren kann. Es mag sein, daß für einige Zeit die Gewalt über das Recht siegt. Aber ehe wir uns ruhig einem restaurirten Absolutismus gegen Recht und Verfassung fügen, eher werden die heiligsten Bande des Staates zerreißen. (Lebhafter Beifall).

Abg. Dr. Zehrt (gegen den Entwurf) findet den Ent-

wurf im Inhalt unrichtig, in der Form unangemessen, in seinem Ziel verhängnißvoll. Das Haus habe auch seinen Antheil an dem Conflict, den es durch seine letzten Beschlüsse in der Militairfrage herbeigeführt. Die Reorganisation des Heeres sei in vieler Beziehung anerkennungswerth; das verfassungsmäßige Recht des Abgeordnetenhauses muß von der Staatsregierung anerkannt werden, aber das Abgeordnetenhaus muß es auch in weißer Mäßigung ausüben.

Abg. Janiszewski: Auch er und seine Freunde (polnische Fraction) bedauerten die Seitens der Regierung begangene Verletzung der Verfassung. Diese Verletzung vereitele die jahrelange Arbeit der besten Geister des Volkes, sie gehe gegen die nationalen Gefühle, und sie rücke in weite Ferne die Verwirklichung der sehnlichsten Wünsche desselben. Eine ganz andere Stellung sei die der polnischen Fraction zur preußischen Verfassung. Sie enthalte für die Preußen viele Wohlthaten, in mancher Beziehung beenge sie aber geradezu die Polen. Aber selbst ein hartes Gesetz sei besser als reine Willkür. So hart die Wiener Verträge für Polen gewesen, doch habe man sich auf sie, wenn auch vergeblich, als ein Recht berufen können. Um des Princips des Rechts willen würden die Polen für die Adresse der Majorität stimmen. (Der Redner wiederholt die Ausführungen der Sonderrechte der Polen.)

Abg. Reichensperger (Beckum): Es wäre wünschenswerth gewesen, daß die Majorität die Anstöße, welche die Minorität an Punkten der Adresse genommen, beseitigt hätte, damit in Betreff des Hauptpunktes, Verletzung der Verfassung, möglichste Einmüthigkeit erzielt wäre. In Betreff der Form mache man ihrer Adresse den Vorwurf zu großer Loyalität; sei dieselbe in dieser Beziehung in der Scylla, so falle die Adresse der Majorität in die Charybdis. Der Abgeordnete Waldeck habe gegen den Abgeordneten für Geldern die Distinction zwischen Ausgaben und Einnahmen als ungereimt, die bezüglichen Bestimmungen der Verfassungsurkunde über die Einnahmen nur als transitorische bezeichnet. Das sei unrichtig, ebenso, wie eine Aeußerung des Ministerpräsidenten unzutreffend gewesen sei, als er mit Humor — um nicht zu sagen Hohn — darauf hingewiesen habe, daß kein Beamter seinen Gehalt anzunehmen sich geweigert habe. Ein solches Argument könne wohl in einem extremen Parteijournal vorkommen, aber es gezieme sich nicht für den Ernst dieser Verhandlung und die Stelle, von wo aus er geltend gemacht worden. (Lebhafter Beifall.) Weder dieses noch das andere Haus habe je bezweifelt, daß die Regierung gesetzliche und vertragsmäßige Ausgaben zu erledigen habe. Keine Partei, komme sie ans Ruder, könne der Beamtenmaßregelung entbehren; habe doch Halberstadt seinen Oberbürgermeister durch Entziehung der Diäten gemaßregelt, weil er im Herrenhause nicht nach dem Sinne der Bürger gestimmt habe! Ganz ungerechtfertigt sei es, das Ausland zum Schiedsrichter unserer preußischen Finanzangelegenheiten zu machen. Preußen stehe besser da als Rußland, das so eben ein Königreich in Belagerungszustand habe erklären müssen, als Oesterreich, als Italien, als Frankreich und selbst als England.

Abg. Schulze (Berlin) wiederlegt die gegen die Adresse geltend gemachten Bedenken. Das Land würde uns nicht verstehn, wenn wir schweigend unsere Arbeiten wieder aufnehmen wollten; und die Rücksicht auf unsere eigene Würde gebietet uns diese Adresse. Wir erfüllen damit eine Pflicht gegen das Land und eine Pflicht gegen die Krone zugleich. Nimmt der gegenwärtige Conflict in unserm Verfassungsleben noch an Intensität zu, dann ist, wie der Hr. Ministerpräsident sehr richtig gesagt hat, die Macht entscheidend, dann ist das Volk so gut gefährdet wie der Thron. In solchen Zuständen ist dann auf allen Seiten das Maßhalten sehr schwer, deshalb ist es, wenn jemals, jetzt, wo wir an der Schwelle der ersten Verfassungskämpfe stehen, für uns als eine heilige Pflicht geboten, über die Personen der Minister hinweg, direct an die Krone zu wenden. (Bravo). Unser Entwurf tritt in keiner Weise der Ehrfurcht gegen Sr. Majestät zu nahe. Es ist nicht unsres Amtes, für die Annehmlichkeit des Monarchen zu sorgen, sondern unsere Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Und das ist die wahre Ehrfurcht; denn jede Ehrfurcht schließt zunächst die Wahrhaftigkeit in sich. (Bravo.) Nicht wir verschulden es, sondern die Lage der Dinge, daß wir sagen müssen, was Sr. Majestät so wenig angenehm zu hören, wie es uns zu sagen sein mag. Aber an wem liegt die Schuld dieser Lage der Dinge? Ich halte die Voraussetzung, daß man dem Könige die Wahrheit nicht sagen dürfe, für eine Verletzung der Ehrfurcht gegen den König! (Bravo.) Eine größere Verletzung aber noch ist es, wenn man sich nicht darauf beschränkt, die Wahrheit zu verhüllen, sondern sie durch falsche Vorspiegelungen geflissentlich entstellt, wenn man durch sog. Loyalitäts-Adressen die Wahrheit zu verdrehen sucht. — Was den Entwurf im Einzelnen anlangt, so ist der darin enthaltene Vorwurf der Verfassungsverletzung vom ganzen Lande constatirt, von allen Parteien mit Ausnahme dieser kleinen Partei hier zur Rechten der Tribüne. Aber die Verfassungsverletzung ist nicht gleichmäßig betont in den vorliegenden drei Entwürfen, wenn auch in den Debatten dieses Hauses; — von diesen Debatten indeß hat man höchsten Orts doch nicht Kenntniß. — Der Redner tritt alsdann den Ausführungen des Abgeordneten Twesten in Betreff des Budgets bei.

Es wird behauptet, daß die verworfenen Ausgaben nothwendig seien zum Fortbestande des Staates. Nur in Betreff des Militairetats sind Posten gestrichen worden. Wenn der preuß. Staat bis 1860 ohne diese Kosten bestanden hat, so möge man uns doch den Beweis führen, daß dieselben jetzt nothwendig seien. Hr. v. Bismarck hat ferner von dem „Erlaß" des Zuschlages gesprochen (Heiterkeit). Das zeigt nur die immer noch bestehende Verwechslung des Begriffs der einmal bewilligten und der dauernden Ausgaben. Es sind mir übrigens eine Menge Fälle bekannt, in denen man durch Steigerung anderer Steuersätze den Ausfall dieses Zuschlags möglichst zu decken gesucht hat. — Der Vinckesche Entwurf berührt den Vorwurf der Verfassungsverletzung so obenhin, daß wer die Motive nicht kennt, den Vorwurf nur schwer herausfinden wird. Wenn ein Verfassungsbruch weiter keine Folge haben soll, als eine Indemnitätserklärung — die Erklärung des Unrechts für Recht —, wenn die Volksvertretung weiter nichts zu thun hat, als eine solche nachträgliche Genehmigung zu ertheilen, dann weiß ich nicht, ob es der Mühe verlohnt, den ganzen Verfassungsapparat, der in der Hauptsache zum Spielwerk geworden, beizubehalten und dafür so lebhaft zu kämpfen, wie wir und diese Herren. — Besonders bemängelt wird der Passus wegen der Schmähungen des Abgeordnetenhauses. Aber grade, wenn wir sehen, daß Täuschungen beabsichtigt worden, müssen wir um so mehr reden. Uns berühren jene Schmähungen sehr wenig, sie sind Ehrenbezeugungen in den Augen unserer Wähler. (Bravo). Aber der Majorität gegenüber müssen wir Bestrebungen entgegentreten, die darauf ausgehen Se. Majestät zu täuschen (Bravo). Es handelt sich nicht blos um uns, sondern um das ganze Volk. Das ganze Volk findet sich geschmäht durch jene Verlenmdungen. — Jene kleine, aber mächtige Partei hat auch gestern wieder ihr altes Mittel hervorgesucht, sich mit dem Königthum zu identifi iren; allemal wenn es ihr zu nahe geht, ruft sie, es ist mit dem Staat, mit der Monarchie aus! (Heiterkeit). Und ich frage, giebt es wohl eine Partei im ganzen Lande, deren Herrschaft jedesmal den Staat so an den Rand des Abgrunds gebracht hat? Kennen wir nicht die preußische Geschichte? Haben sie etwa die Erhebung nach tiefem Fall vermittelt? (Bravo).

Wir haben Hoffnung, daß die ehrliche Stimme des Landes zu Sr. Majestät dringen wird, wenn wir gleich wissen, Fürsten sind Menschen und müssen viel durch fremde Augen sehen. Wenn auch nicht augenblicklich, so werden wir doch jedesfalls Erfolg haben. Dazu haben wir zu gutes Vertrauen zu Sr. Majestät, dem wir durch diese Adresse den besten Beweis unserer Ehrfurcht geben.

In Preußen lähmen innere Zerwürfnisse nothwendig die Action nach außen. Die große Action des Ministerpräsidenten scheitert aber auch an dem Willen der Partei, auf die er sich stützt. Ein Mitglied der feudalen Partei hat nämlich in meiner Gegenwart geäußert: „Was soll das heißen? Im Innern conservativ und nach außen Fortschrittspolitik? Das geht nicht!" (Heiterkeit). — In Hessen hat wohl der General Schmerling mehr ausgerichtet als die Energie des preußischen Feldjägers. Das Delegirtenproject war schon vor der Verwerfung am Buudestage gefallen in der öffentlichen Meinung, und Oesterreich selbst war einverstanden. Nun spricht das Ministerium von Parlament. Ja, wenn dies jetzige Ministerium ein deutsches Parlament beriefe, so würde sich trotz des lebhaften Wunsches dennoch niemond einfinden. (Lebhafte Zustimmung.)

Man tadelt nun, daß wir unsere Schäden aufdecken. Ja, wir legen die Wunde blos, aber wir geben auch das Heilmittel an. Wenn ein Volk seiner Schwäche und deren Ursachen bewußt ist, dann ist auch seine Wiedererhebung nahe. (Beifall.) Das preußische Volk wird wissen, zu wem es zu stehen hat. Wenn ein so klarer Artikel der Verfassung bestritten werden kann, dann kann man jeden Artikel bestreiten, überall Zweifel nnd Lücken finden. Ich verstehe nicht, wie es auch nur staatsmännisch gerechtfertigt werden kann, ein System aus seinem Gegentheil zu ergänzen, den Constitutionalismus aus dem Absolutismus (Beifall). Zu diesem Hauptpunkte der Verletzung der Verfassung in Betreff der Budgetbewilligung ist im Laufe der Session noch eine neue Verletzung hinzugetreten, in dem Vorschützen der Person des Königs finde ich ein vollständiges Verrücken des constitutionellen Königthums (Bravo). Die unbestrittenen Grundbedingungen der Monarchie sind die Erblichkeit der Krone und die Unverletzlichkeit ihres Trägers. Tasten Sie die an, so tasten Sie die Monarchie selbst an. Die Vereinigung des zweiten dieser großen monarchischen Principien mit dem constitutionellen Leben geschieht durch die Verantwortlichkeit der Minister, welche die Grenze für die Executive des Fürsten bildet. Diese sinnvolle Einrichtung schützt einerseits das Volk, andererseits den Thron. Sie ist eine Grundsäule des constitutionellen Lebens. Ein Minister darf sich wohl mit seiner Verantwortlichkeit gegen den Fürsten decken, aber keiner darf sich mit der Person des Fürsten decken gegen das Volk (Bravo). Diesen Satz hat der Minister-Präsident auf den Kopf gestellt (Bravo). Der Muth des Staatsmanns ist nicht der physische Muth eines Kriegers; er besteht darin, selbst der Person des Königs etwas abschlagen zu können. Das großherzoglich hessische Ministerverantwortlichkeitsgesetz von 1821 sagt in der Einleitung: „da Befehle, welche zu gesetzwidrigen Handlungen oder zur Verletzung unserer den Ständen gegebenen Zusagen dienen, nie von unserem Willen ausgehen, sondern nur in einem Mißverständnisse begründet sein können, dessen Aufklärung wir als eine Pflicht unserer obersten Staatsbehörden betrachten, so" u. s. w. (bravc). Wie der Herr Ministerpräsident bei seiner Theorie zugleich sagen kann, er fürchte die Verantwortlichkeit nicht, weiß ich nicht. Gewiß trauen wir ihm nicht Furcht zu. Es ist aber keine Veranlassung dazu, weil es uns noch an einem Ministerverantwortlichkeitsgesetze fehlt (Heiterkeit). Um so weniger Anlaß hat er, sich durch die Person des Königs zu decken. Was hat das Königthum, wenn es Ernst wird, wohl an Hingebung und Aufopferung von Männern zu erwarten, die schon jetzt, ohne Noth die Person des Königs in die Debatte ziehen! (Zustimmung.) Wir werden uns nicht verleiten lassen, ein Gleiches zu thun. — Und nicht blos aus Gründen nach oben, auch des Volkes wegen. Denn vor allen Dingen muß das im Volke erwachende Selbstgefühl berücksichtigt werden. Es ist die Grundsäule unserer nationalen Wirksamkeit. Das Volk hat nicht gemeint, es sei abgemacht mit den Wahlen, die Adressen an uns beweisen, wie aufmerksam es den weitern Schicksalen des öffentlichen Lebens gefolgt ist. Ganz besonders aber zeigt die Mündigkeit des Volkes in der Gründung des Nationalfonds, (Bravo!) einer Selbstbesteurung, der es sich nicht gescheut hat zu unterwerfen neben den schweren Opfern, welche schon der Staat selbst von ihm fordert. Dadurch drückte das Volk am deutlichsten den Willen aus, seinen Vertretern, die sich ihres verfassungsmäßigen Rechtes innerhalb der gesetzlichen Schranken bedienen, die Selbstständigkeit zu sichern. Nun frage ich Sie, wie möchten wir bestehen einen solchen Volke gegenüber? Wollten wir etwa kleiner sein als unsere Wähler, wollten wir auch nur um eines Fingers Breite abweichen von der Wahrung unsres Rechtes. Wir sind nur die Mandatare und stehen nicht für uns, sondern für die große Mehrheit des Volkes, die uns beauftragt hat. Wenn die Räthe der Krone meinen, daß des Vaterlandes Wohl ein Nachgeben von der andern Seite erheische, so mag das ihre Ueberzeugung sein. Dann müssen sie sich aber nicht an uns wenden, sondern an das Volk, an die Wähler selbst; denn nur in ihren Händen liegt die Möglichkeit, von dem verfassungsmäßigen Rechte etwas zu opfern (Rufe: sehr wahr!). So wie wir jetzt über das Ministerium hinweg an den König appelliren, so schreite man über uns hinweg und berufe sich in der Auflösung des Hauses auf die Wähler: M. H., unsererseits zu weichen, ist nicht möglich. Will das Volk es thun, so ist es seine Sache. Uns aber dürfte dann das Volk nicht wiederherschicken und mit einem solchen Mandat betrauen, denn wir begingen nicht nur eine Sünde gegen die Interessen des Volkes, nein, eine Sünde gegen den ganzen Fortschritt, gegen die geschichtliche Fortentwickelung unsres Vaterlandes, wenn wir nicht das Recht des Volkes im vollsten Umfange wahrten. Man spricht in der theologischen Welt von der Sünde wider den heiligen Geist, die nicht vergeben wird. Meine Herren, wollten wir jetzt abweichen von der bis jetzt behaupteten Bahn, so würden wir eine Sünde gegen den Geist des Volkes begehen, wofür nie eine Vergebung eintreten könnte. (Beifall!)

Finanzminister v. Bodelschwingh: Ich glaube, daß die Hauptgründe zur Adresse darin gefunden werden, daß die Verfassung durch — wie man es nennt — eine etatslose Regierung verletzt sei. Ich kann die Beschuldigungen, wie sie in der Adresse aufgestellt sind, in Wahrheit nicht als begründet anerkennen, ich kann nicht zugeben, daß, wie es heißt, die Verfassung schon verletzt sei, ich kann nicht zugeben, daß der Artikel 99 unserer Verfassung aufgehört habe eine Wahrheit zu sein. Der Artikel 99 schreibt der Regierung theils etwas vor, was von ihr allein abhängig ist, nämlich die ehrliche Vorlegung eines Staatshaushaltes in einem Voranschlage, nach welchem die Regierung des Staates zu ermöglichen ist. Dies hat sie im Vorjahre wie in allen früheren auch geleistet. Die weitere Vorschrift des Art. 99 zur Ausführung zu bringen, hängt unzweifelhaft von der Regierung ab. Einer der verehrten Herren Redner hat gemeint, daß der bekannte Beschluß des andern Hauses in Betreff des Budgets von der Regierung mit verantwortet werde. Ja, meine Herren, ich glaube, daß die Regierung wahrlich so wenig für die Beschlüsse des Herrenhauses, wie etwa für die Beschlüsse dieses Hauses hier verantwortlich gemacht werden kann, sondern daß sie nur für das, was sie selbst thut, verantwortlich ist. Nachdem es thatsächlich feststand, daß ein Etat nicht zu Stande gekommen, trat an die Regierung die ernste Frage heran, was nun? Es ist ein Zustand, der sehr bedauerlich genannt werden muß, und Niemand hat es mehr zu bedauern als ich, der ich die Verwaltung der Finanzen habe. Daß ein solcher Zustand für alle Mitglieder der Staatsregierung und namentlich für den jeweiligen Verwalter der Finanzen hemmend wirkt, darüber kann Niemand zweifelhaft sein. Das leider im vorigen Jahre nicht zu Stande gekommene Budget ist nachträglich in einer angemessenen Weise zur Erledigung zu bringen. Die Regierung wird die Rechnungen für das Jahr 1862 vorlegen zur nachträglichen Genehmigung. Es ist das nicht ein Zurückführen der Sache auf den Artikel 104. „Zu Etatsüberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der beiden Häuser des Landtages erforderlich." Denn von Etatsüberschreitungen kann nicht die Rede sein, weil kein Etat vorhanden ist (Heiterkeit), sondern die Regierung ist sich bewußt, daß die Ausgaben gemacht sind, eben weil sie der gesetzlichen Grundlage entbehren; — sie muß vor das Land treten und erklären: Wir haben mit dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit gethan, was die Fortführung der Staatsregierung erheischte, daß die betreffenden Ausgaben geprüft und nachträglich event. genehmigt werden. Ich kann auch jetzt schon den Tag bezeichnen, wann die betreffende Vorlage erfolgen wird; es ist der 15. März, wo die Staatscasse abschließt; dann weiß der Finanzminister, was in dem Jahr 1862 eingegangen, was ausgegeben ist, dann ist er im Stande eine Rechnung aufstellen zu lassen nach den Titeln des im Jahre 1862 vorgelegten Etats, deren Zahlen natürlich nur notitiae causa, weil sie keinen gesetzlichen Anhalt geben, zu berücksichtigen sind. Das Haus wird dann darüber zu beschließen h:ben, was ihm das Richtige zu sein scheint. Ein anderes Mittel giebt es nicht, die Sache in voller Klarheit hinzustellen. — Einen Voranschlag für 1862 jetzt noch zu machen, geht nicht an. Ich kann nicht mehr von Soll-Zahlen sprechen, sondern nur von Ist-Zahlen. Es ist nicht damit beabsichtigt, in dieser Vorlage etwa eine Decharge von dem Hause zu erbitten, denn die kann erst erbeten werden nach unserer Verfassung, nach Art. 104, wenn die Bemerkungen der Oberrechenkammer vorliegen. Diese kann die Rechnungen erst im nächsten Jahre bekommen und erst nach zwei Jahren, wenigstens nach 14jähriger Erfahrung, die Rechnungen mit den Bemerkungen der Oberrechenkammer vorlegen und dann das beantragen, was Art. 104 verlangt. Ich glaube, daß dies Verfahren ein correctes ist und keinen Rechtstitel darbietet, daß dasjenige wiederkehre, was jetzt als verfassungswidrig bezeichnet wird. Unser Verfahren ist allerdings kein in der Verfassung vorgesehenes und der Verfassung gemachtes, aber es ist auch nicht verfassungswidrig. Ich wünsche, daß diese Worte, die ich aus innerster Ueberzeugung gesprochen habe, so von Ihnen aufgenommen werden, wie ich glaube von Ihnen erwarten zu dürfen.

Nach Annahme eines Antrags auf Schluß, der Antragsteller Virchow: Wir Alle haben gestern mit Erhebung die Worte des Herrn Grafen v. Schwerin vernommen, in welchen sich ein offener und ehrlicher Verfassungssinn kund gab, aber wir hätten gewünscht, daß er den Versuch gemacht, unsere Adresse zu verbessern, und wenn ihm dies nicht gelungen, sich dem großen Gesammtausdruck dieses Hauses angeschlossen hätte. Die Haltung des Ministeriums in diesen letzten zwei Tagen hat gezeigt, was wir zu erwarten haben. Der Kriegsminister, dessen Ressort nach unserer Ansicht ebenfalls an der Verfassungsverletzung betheili„t ist, hat geschwiegen, der Herr Justizminister (Heiterkeit) hat nicht eine Sylbe gesagt. (Hört! Heiterkeit.) (Der Kriegsminister verläßt den Saal.) Man hat gesagt, unser Standpunkt sei nicht der der Ehrerbietung, entspreche nicht dem constitutionellen Wesen unseres Staates; der Herr Ministerpräsident findet, daß unsere Adresse offen darlege, was die Majorität des Hauses wolle: nämlich die Herrschaft über das Land. Ich dächte, das wäre auch ein Punkt, wo der Herr Justizminister (Heiterkeit) dem Ministerpräsidenten hätte darthun können, daß es sich um ernste Verfassungsfragen in Bezug auf bestimmte Artikel der Verfassung handle und nicht um allgemeine staatsphilosophische Betrachtungen, daß es auf das Recht des Landes ankomme und nicht auf etwaige neue seltsame Prinzipien. (Herr v. Bismarck tritt in den Saal.) Der Herr Ministerpräsident, der nur an den Anfängen unser Verfassungslebens persönlich Theil genommen und seine Studien dann an anderen weniger dazu geeigneten Orten fortgesetzt hat (Heiterkeit), faßt den schwebenden Conflict durchaus falsch auf. Es handelt sich nicht um einen Streit zwischen dem Abgeordnetenhaus und der Krone, sondern um einen Streit zwischen Landesvertretung und dem Ministerium; der Gegensatz besteht zwischen Landesrecht und Ministerialmacht (Bravo), zwischen Macht und Recht, zwischen der Macht des Ministeriums gegen das Recht des Landes. Der Herr Ministerpräsident sagt uns: „Der Staat muß leben", und daraus folgert er alles andere. Ich frage: Ist das ein Satz für einen Staatsmann? Kann man einer Volksvertretung, die Geld bewilligen soll, mit den Worten entgegentreten: der Staat muß leben, folglich müßt Ihr Geld geben, folglich müßt Ihr zu Allem Ja sagen? Ich will diese Folgerungen nicht fortsetzen, da ich sonst auf Betrachtungen kommen könnte, die leicht die Stellung des Staatsmannes sehr tangiren. Der Ministerpräsident betont die Nothwendigkeit von Compromissen, gleichsam als ob es noch kein Landesrecht gäbe. Hier liegt der tiefe Gegensatz zwischen uns und den Ministern, wir treffen bei ihnen auf Vorstellungen, die es uns als unmöglich erscheinen lassen, zu einer Verständigung mit ihnen zu gelangen. Sie verstehen unsere Sprache nicht (lebhafte Zustim-

mung und Heiterkeit); sie haben keine Vorstellung von dem bestehenden Verfassungsrechte. Wenn man uns sagt: „An Euch ist es, zu bieten", wo stehen wir dann? Wie ist da ein Compromiß möglich? Welche Anerbietungen sollen wir denn machen? Es fehlt an der ersten Voraussetzung zur Verständigung. Ein Redner hat bedauert, daß es keine preußische Sprache gebe". Es giebt eine solche Sprache und zwar diejenige, welche die Minister reden (Heiterkeit), und die die ganze Welt nicht versteht (große Heiterkeit). Wir können uns mit diesem Ministerium, zumal es durch die schweigende Haltung des Justizministers unterstützt wird (Heiterkeit), nicht verständigen. Mit Hülfe dieser Herren Minister und mit ihrer Unterstützung, ja mit ihrer gnädigen Belobung, sind die vielbesprochenen Loyalitätsdeputationen an dem Hofe des Königs erschienen. Im Volke hat man sich gefragt, ob man diesem Adressensturme gegenüber einen andern Sturm bei Sr. Maj. wagen solle. Es würde ein Leichtes gewesen sein, förmliche Prozessionen herzustellen, die ganze Stadt Berlin anzufüllen und zwar nicht mit solchen, welche in der Wilhelmsstraße kostümirt wurden, sondern mit den ersten Männern des Landes, mit den Trägern der Bildung, des Kapitals und der Industrie. Aber man hat sich gesagt, daß diese Prozessionen wahrscheinlich nicht die Theilnahme der Herren Minister finden, daß sie von den Pforten des Königl. Schlosses zurückgewiesen werden würden. Man hat schließlich angenommen, dieses Haus sei berufen zu sprechen bei Sr. Maj., das einzige Organ, durch welches das Land zu Sr. Maj. dem König sprechen könne. In dieser Hoffnung hat man geschwiegen und ist von solcher Demonstration zurückgetreten, wofür die Minister uns dankbar sein werden, daß wir die vorgekommenen ärgerlichen Scenen nicht noch verstärkt haben.

Ich weiß nicht, ob der Hr. Ministerpräsident gesagt hat, er werde Sr. Majestät abrathen, die Adresse anzunehmen. Würde ein solcher Ausspruch gethan sein, so würde dies ein neues unmittelbares Attentat auf die Verfassung sein. Ich berufe mich auch bei diesem Falle auf die Autorität des Herrn Justizministers (Heiterkeit). Was bedeutet denn eine Bestimmung der Verfassung „das Petitionsrecht steht allen Preußen zu"? Versteht der Herr Ministerpräsident darunter, daß alle Preußen das Recht haben, Petitionen zu schreiben und diejenigen, an welche sie gerichtet sind, das Recht haben, sie abzulehnen? (Heiterkeit.) Die Verfassung bestimme, daß jeder Preuße seine Meinung frei äußern könne, soll er dies etwa nur zu Hause thun? Es handelt sich hier darum, daß das Ministerium endlich einmal auf einen Boden gerathe, wo wir erkennen können, was das Ministerium für Recht hält. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, diese Adresse drücke aus, daß wir die Parlamentsherrschaft constituiren wollen, dann sei gleichsam das Haus die provisorische Regierung. Es steht das gleichsam auf gleicher Linie mit der Redensart von dem Parlamentsheere, welches dieses hohe Haus in Aussicht genommen haben soll, und von dem ja auch der Herr Ministerpräsident einer Loyalitäts-Deputation erzählt hat, er glaube, es sei so etwas im Gange. (Heiterkeit.) Es ist schwer, solchen Dingen ernsthaft entgegen zu treten. Wenn etwa ein in der Begeisterung gesprochenes Wort eines Mitgliedes dieses Hauses Veranlassung zu einer so colossalen Verdrehung und zu solchen Verleumdungen gegeben haben sollte, dann bleibt nichts anders übrig, als mit der offensten Sprache von der Welt an die entscheidende Stelle zu treten. Der Herr Ministerpräsident, von dem ich bedauere, daß er sich nicht so lange in England wie in Rußland aufgehalten hat, scheint von den englischen Zuständen eine besondere Vorstellung zu haben; er scheint zu glauben, daß dort das Parlament die Minister ein- und absetzt. Ich glaube, daß in diesem Hause rechtsverständige Mitglieder noch Gelegenheit haben werden, den Minister in diesem Punkte zu corrigiren. Das aber darf ich wohl anführen, daß Derartiges im Laufe der neueren Geschichte Englands nicht vorgekommen ist. Der Herr Ministerpräsident hat an den Geburtstag des Thronerben erinnert. Mir scheint dies zufällige Zusammentreffen ein glückliches zu sein; der Thronerbe, der hoffentlich ein solches Ministerium nicht mehr erleben wird (Bravo), wird hoffentlich die Erfahrungen, welche sein Großvater in England gemacht hat, nicht vergessen. — Mit großem Erstaunen habe ich die Gründe vernommen, welche der Herr Finanzminister entwickelt hat. Bis jetzt hatte man im Lande sich vorgestellt, daß die nachträgliche Genehmigung der Ausgaben auf Grund des Art. 104 der Verfassung erfolgen müsse, und nun hat der Minister zu meiner großen Verwunderung uns mitgetheilt, daß dies nicht der Fall sei; auf Art. 104 stütze er sich nicht. Ich habe mich bemüht, irgend einen Artikel in der Verfassung zu entdecken, auf den er sich stützt, aber ich habe keinen einzigen Artikel gefunden. Der Herr Ministerpräsident meint, daß man auf die alte Ordnung zurückgehen müsse; die alte Ordnung schreibt aber ebenfalls einen Staatshaushaltsetat vor. Der Ministerpräsident denkt vielleicht weiter zurück, an die alten ständischen Traditionen, an jene Zeit, wo bei jeder Gelegenheit der Landesherr an die Mildthätigkeit der kleinen Herren appelliren mußte, und wo bei solchen Staatsactionen die kleinen Herren nicht zu Hause waren. (Heiterkeit.) So viel aber muß ich constatiren, daß das, was sein Ministerium gethan hat, weder dem einen, noch dem anderen Recht entspricht, sondern daß es die reinste Willkür ist. (Hört, hört!) Herr v. Bodelschwingh ist der erste Finanzminister seit der Gründung des constitutionellen Staates, der einen Etat vorlegt, welcher mit dürren Worten erklärt, daß der zuletzt gesetzlich festgestellte Etat der für das Jahr 1861 gewesen ist. Es handelt sich also hier in der That um eine ungesetzliche Position. (Der Kriegsminister tritt wieder ein.) Erlauben Sie mir nun noch einige Spezialitäten. Ich erlaube mir, Ihnen in Kürze eine sogenannte Loyalitätsdeputation vorzuführen und zwar diejenige, zu welcher der Herr Kriegsminister gesagt hat, die conservative Partei sei faul und feige. (Heiterkeit.) Jene Deputation kam aus dem Kreise Grünberg-Freistadt. Vor ihrer Abreise wurde die Adresse zurecht gemacht und angekündigt, daß sie zur Unterschrift ausläge. In der Adresse findet sich folgender Passus: „Es erfüllt uns mit tiefem Schmerz und Leid, die Majorität des Abgeordnetenhauses noch von Männern vertreten zu sehn, die Eurer Majestät überall entgegentreten, alles unterstützen, was zur Vernichtung alles Heiligen führt, (Heiterkeit), die die Heiligkeit der Ehe, den Bestand des Handwerks u. s. w. ihren Ideen zum Opfer brachten. Noch größer wurden unsere Entrüstung als wir sahen, bis zu welcher Höhe die Wogen des Abfalls stiegen, der Frevel sich erhob." (Hört! Heiterkeit!)

Die Meisten von uns, haben es unter ihr Würde erachtet gegen jene Adressen etwas zu thun. Indessen gegen diese, Maßlosigkeit ist der betreffende Abgeordnete bei Gewicht eingeschritten. Was ergab sich da? Der erste Unterzeichnete, der Sup. Hr. Wolf in Grüneberg erklärte, daß seine Unterschrift sich gar nicht auf diese Adresse bezöge. Er habe nur eine andere, von ihm verfaßte Adresse unterzeichnen wollen, unter diese Adresse habe man seine Unterschrift ohne sein Wissen und Willen gesetzt (hört!). Der zweite Rechnungsrath Ludwig erklärte, er wisse nicht, wie sein Name auf diese Adresse gekommen (hört!, der dritte, Senator Schulz erklärte seine Unterschrift bezöge sich auf eine andere Adresse, unter dieser stehe sein Name ohne sein Wissen und Willen. Der vierte Unterzeichner, Webermeister Klinge erklärte, er hätte seinen Namen auf einen leeren Bogen geschrieben (hört!) So blieb nur der fünfte übrig. Gegen ihn ist der Rechtsweg betreten. — Diese Deputation ist nun nicht nur vom König, sondern auch von zwei Ministern empfangen worden. Ueber diesen Empfang hat ein Mitglied öffentlich berichtet. Danach hat der Ministerpräsident hervorgehoben, daß man in England Beamte, denen alle Conduite fehle, absetze, und wenn die Regierung dies nicht thue, sie auslache. Der Kriegsminister hat über die weitere Entwickelung der conservativen Partei in der oben bezeichneten Weise gesprochen. In dieser Weise ist vorgegangen worden, während doch die Minister sich hätten vorher überzeugen sollen, was diese Deputationen wollen, auf welche Weise sie zu Stande gekommen u. s. w.

Der Hr. Minister hat gesagt, wir dagegen hätten unausführbare Beschlüsse gefaßt. Ich verweise den Ministerpräsidenten auf den Bericht der Budget-Commission über das Militärbudget vom vorigen Jahre. In diesem ist anerkannt, daß eine erhöhte Rekrutenaushebung wünschenswerth, daß eine Abkürzung der Präsenzzeit geboten sei, daß eine Erleichterung der Landwehr nothwendig u. s. w. Schließlich heißt es: „Wolle die Staatsregierung einen finanziell haltbaren Plan vorlegen, würde man etwaige Mehrkosten nicht scheuen. Man wolle erwarten, ob hierzu die Regierung die Initiative ergreifen wolle. Geschähe dies nicht, so müsse es bei der alten Gesetzgebung bleiben." Die Regierung hat die Initiative nicht ergriffen (hört!). — Wenn sie von zwei Alternativen keine gewählt hat, so ist die Schuld des Conflictes nicht bei uns, sondern nur bei der Königl. Regierung. (Sehr wahr.) Wir weisen jeden Vorwurf zurück. Wir haben die Wege der Versöhnung gezeigt, die Regierung hat keinen betreten. Zum Schluß will ich dem Abgeordneten für Anklam auf die Frage antworten, wie das Volk unsere Adresse aufnehmen wird. Wir erscheinen hier als Mandatare des Volks und haben unsere Pflicht zu thun. Wir können uns nicht auf die staatsmännnische Ansicht erheben, die so lange hier gepriesen worden ist. Diese Kunst hat sich als fruchtlos erwiesen. Mit dem Geschehenlassen und Schweigen kömmt man jedes Jahr weiter abwärts. Die Herren Minister führen in Bezug auf innere Politik das Recept des Rundschauers aus: sie beschäftigen uns mit nichtigen Dingen. Auf diesen Weg gehen wir nicht ein. Wir sollen hier offen sprechen, dem Könige sagen, was im Volke lebt. Weiter haben wir keine Verantwortung. Wir haben unsere Pflicht gethan; es ist an dem Volke, die seine zu thun. (Bravo).

(Schluß folgt.)

Deutschland.

— (K. Z.) Großes Interesse erregt es, daß auch der Präsident Grabow und Vice-Präsident von Bockum-Dolffs zum Ordensfeste eingeladen waren. Mit Grabow hat Ihre Majestät die Königin und Se. Königl. Hoheit der Kronprinz sich sehr freundlich unterhalten, jene nicht ohne Hindeutung auf die ernsten Stunden, die Herr Grabow jetzt durchzumachen habe. Der Kronprinz dagegen hat lediglich von Familien-Angelegenheiten, aber in der allergemütylichsten Weise gesprochen.

— Der Kurfürst von Hessen-Cassel beabsichtigt, wie der „Czas" erfährt, sich in Prag einen Palast aufbauen zu lassen, den er sich als seine künftige Wohnstätte zu erwählen gedenkt.

Rußland und Polen.

△* **Warschau**, 27. Januar. Wenn man den Mittheilungen des heutigen „Dziennik Powszechny" volles Vertrauen schenken könnte, so ist der Aufstand im ganzen Lande als entschieden unterdrückt zu betrachten. Nach dem berüchtigten Artikel aber von der Freudigkeit, mit der die Aushebung begrüßt wurde, wird es das amtliche Blatt nicht übel nehmen, wenn man in seine Aussagen und Versicherungen einigen Zweifel zu setzen sich erlaubt. Es ist vielmehr gewiß, daß die Aufständischen noch immer sehr geschäftig sind und daß sie an einigen Stellen sogar kleine Vortheile errungen, ja man versichert sogar, daß sie den Soldaten eine Batterie abgenommen haben. Daß diese Erfolge, und wenn sie sich auch vervielfältigen sollten, den Aufständischen doch nichts nützen, versteht sich von selbst. — Von den Bauern sagt das amtliche Blatt, daß sie sich passiv verhalten und daß es nur vorgekommen ist, daß sie sich dem Aufstand feindlich gezeigt haben. Es zeugt dieses von einer außerordentlich wirksamen Thätigkeit der Rothen, die seit vorigem Jahre viele Mühe angewendet haben, den Bauern ihre früher unbedingte Hinneigung zu der Regierung zu benehmen. — In den Gegenden, wo die Soldaten die von den Verschworenen verlassenen Plätze eingenommen haben, hausen die Ersteren mit vieler Grausamkeit. Man hört schon von Radom her von einem sich dort vorbereitenden Auto-da-fé für die mit Waffen ergriffenen Verschwornen. Es sollen 70 Leute erschossen werden. Schon gestern wurde ein gemeinschaftliches Grab für dieselben bereitet. — Aus Pinczow, den Gütern des Markgrafen Wielopolski erfahren wir, daß eine Abtheilung der Insurgenten das dortige Schloß durchsuchte, die vorgefundenen Waffen wegnahm, sonst aber keinen Schaden anrichtete. — Von den zum Stillstehen gebrachten Zuckerfabriken im Kreise Gostonin sind einige wieder im Gange, da mehrere Arbeiter, welche, sei es, daß sie mit den Verschworenen ausgezogen, sei es, daß sie dieses nicht thun wollten und darum sich versteckt hielten, nach Abzug der Verschworenen sich wieder eingefunden haben, vorgebend, daß sie sich nur versteckt gehabt hätten. — Die Börse war heute in weit besserer Stimmung als gestern und hat sich das an Valuten geäußert.— Den Studenten der Universität, von den mehre zu den Vorlesungen seit vorgestern nicht erscheinen, ist bekannt gemacht worden, daß jetzt kein Urlaub zu irgend einer Reise ertheilt werden wird, und daß diejenigen, welche ohne Urlaub reisen, sich als von der Universtät ausgeschlossen zu betrachten haben. — Es heißt, daß übermorgen vor dem Schlosse eine Menschenmasse den Großfürsten Constantin zum König von Polen proclamiren soll. Die geeigneten Personen sind mit der Vorbereitung zu dieser Scene lebhaft beschäftigt. Wer ist der Veranlasser dieser jetzt gewiß merkwürdigen Demonstration?

Provinzielles.

± **Thorn**, 28. Januar. Russisches Militär aus Petersburg soll nach Anzeige an die Kgl. Direction der Ostbahn vielleicht schon morgen per Extrazug über Eydtkuhnen ꝛc. nach Alexandrowo befördert werden. Aus Polen nichts von Belang. Geschäftsleute aus Wloclawek, welche heute hier sind und Waareneinkäufe machen, theilen mit, daß die uns benachbarte Landschaft auf dem rechten Weichselufer ruhig ist. Die Eisenbahnzüge aus Warschaau sind regelmäßig angekommen. — Man spricht schon heute von einer baldigen Entlassung der Reserven.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. Januar 1862. Aufgegeben 2 Uhr 2 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 15 Min.

	Letzt.	Crs.		Letzt.	Crs.
Roggen fest,			Preuß. Rentenbr.	99½	93¾
loco	46¾	46¾	3½ % Westpr. Pfdbr.	87¾	88
Jan.	46⅝	46¾	4 % do. do.	99¼	—
Frühjahr	45⅞	45⅞	Danziger Privatbk.	—	106¼
Spiritus Jan. . .	14⅓	14 5/12	Ostpr. Pfandbriefe	87¾	88
Rüböl Jan. . . .	15 7/12	15 7/12	Oestr. Credit-Actien	98¾	98
Staatsschuldscheine	89½	89¾	Nationale	71¼	71½
4½ % 56r. Anleihe	101⅞	101⅞	Poln. Banknoten .	90½	90½
5 % 59r. Pr.-Anl.	106¾	106⅞	Wechselc. London	6. 21	—

Hamburg, 28. Januar. **Getreidemarkt.** **Weizen** loco fest, aber ruhig; ab Auswärts letzte Preise. — **Roggen** loco fest, ab Danzig April-Mai zu 77 vielfach angeboten, 76 nicht mehr zu bedingen. — **Oel** Mai 32⅛, October 30¼. — **Kaffee** schwimmend 3000 Sack Rio.

Amsterdam, 28. Januar. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) **Weizen** geschäftslos. — **Roggen** Mai 192. — **Raps** April 96½, September 81½. — **Rüböl** Mai 53¾, September 47⅜.

London, 28. Januar. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) **Weizen** nominell, **Gerste** und **Hafer** behauptet, **Bohnen** und **Erbsen** unverändert. — Wetter schön.

London, 28. Januar. **Consols** 92⅛. 1 % Spanier 46¼. Mexikaner 32½. Sardinier 83½. 5 % Russen 98. Neue Russen 95¼.

Liverpool, 28. Januar. **Baumwolle**: 3000 Ballen Umsatz; Preise gegen gestern unverändert.

Paris, 28. Januar. 3 % Rente 69, 75. 4½ % Rente 98, 60. Italienische 5 % Rente 70, 30. 3 % Spanier 50¼. 1 % Spanier 46. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 505, 00. Credit mob.-Actien 1157, 50. Lombr. Eisenbahn-Actien 582, 50.

Produktenmärkte.

Danzig, den 29. Januar. **Bahnpreise.**

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 125/7—128/9—130/31—132/4 ℔ nach Qual. 79 81½—82/84—85—87—87½—90/91 Sgr.; ord. u. dunkelb. 120/3—125/7/30 ℔ von 69/70/73—75 77½/80 Sgr.

Roggen schwer und leicht 54/53½—52 Sgr. pr. 125 ℔.

Erbsen harte 49/50—52 Sgr.

Gerste kleine 103/5—107/110 ℔ von 34/36—37/39 Sgr.

do. große 106/8—110/12/15/17 ℔ von 36/38—39/41—43/46 Sgr.

Hafer 24/25—26½ Sgr.

Spiritus 14⅔ Rt. bez., aber matt.

Getreide-Börse. Wetter: Wetter schön, Nachts Frost. Wind: NW.

Namentlich für feinen Weizen war am heutigen Markte die Kauflust möglichst rege, 50 Lasten sind verkauft, Preise vollkommen unverändert. Bezahlt 129 ℔ sehr bezogen fl. 465, 124—127 ℔ bunt abfallende Qualität fl. 485, 127 ℔ hellfarbig aber stark mit Wicken besetzt fl. 490, 126 7 ℔ hellfarbig fl. 500, 128 ℔ bunt fl. 500, 128 9 ℔ hell aber besetzt fl. 505, 129/30 ℔ hellbunt fl. 515, 129 ℔ desgl. fl. 520, 129, 132 ℔ gut hellbunt fl. 525 im Durchschnitt. 130/1 ℔ hellbunt fl. 525, 133/4 ℔ fein hochbunt fl. 547½. Alles pr. 85 ℔. — Roggen fest, 119/20 ℔ fl. 315, 120 ℔ fl. 318, 121/2, 122/3, 123/4, 124 ℔ fl. 321. Alles pr. 125 ℔. Auf Lieferung matte Stimmung ohne Umsatz. — Weiße Erbsen fl. 297, 300, 303, 306, 309. — 110 ℔ große Gerste fl. 240, 116 ℔ fl. 270, 117 ℔ fl. 276. — Spiritus matt, 14⅔ Rt. bezahlt, aber schwer zu bedingen.

Königsberg, 28. Jan. (K. H. Z.) Wind: W. + 2. Weizen geschäftslos, hochbunter 125—26 ℔ 78 Sgr., bunter 126—27 ℔ 76 Sgr., rother 120—30 ℔ 65—82 Sgr. Br. — Roggen sehr matt, loco 120—122 ℔ 49⅔—51½ Sgr. bez.; Termine unverändert, 80 ℔ pr. Frühjahr 54½ Sgr. Br., 53½ Sgr. G., 120 ℔ pr. Mai-Juni 53½ Sgr. Br., 52½ Sgr. Gd. — Gerste flau, große 100—110 ℔ 35—44 Sgr. Br., kleine 100—103 ℔ 34—35½ Sgr. bez. — Hafer unverändert, loco 73—77 ℔ 23½—25 Sgr. bez., 50 ℔ pr. Frühjahr 26 Sgr. Br., 24½ Sgr. Gd. — Erbsen stille, weiße Koch- 50—52 Sgr., graue 58 Sgr., grüne 55 Sgr. bez. — Bohnen 50—57 Sgr. Br. — Wicken 30—40 Sgr. Br. — Leinsaat höher gehalten, feine 108—113 ℔ 90—110 Sgr., mittel 104—10 ℔ weiße 70—85 Sgr., ordinair 96—106 ℔ 50—70 Sgr. Br. — Kleesaat rothe 5—17 Rt., weiße 8—18 Rt. pr. Ctr. Br. — Timotheum 5—6½ Rt. pr. Ctr. Br. — Leinöl 14½ Rt. pr. Ctr. Br. — Rüböl 14⅔ Rt. pr. Ctr. Br. — Rübkuchen 59 Sgr. pr. Ctr. Br. — Spiritus. Loco Verkäufer 15½ Rt., Käufer 14¾ Rt. ohne Faß; loco Verkäufer 16½ Rt. incl. Faß; pr. Jan. Verkäufer 15½ Rt. ohne Faß; pr. Frühjahr Verkäufer 17 Rt., Käufer 16½ Rt. incl. Faß pr. 8000 pCt. Tr.

Stettin, 28. Januar. (Ostſ. Ztg.) Wetter: stürmisch und veränderlich, Temperatur: + 5° R. Wind: WSW. Weizen stille, loco pr. 85 ℔ gelber 68½—69½ Rt. bez., ord. Poln. 62 Rt. bez., Galiz. 63 Rt. bez., 83/85 ℔ gelber Frühjahr 70½ Rt. bez., ¼ Rt. Gd., Mai-Juni 71¼ Rt. Gd., ½ Rt. B., Juni-Juli 72¼ Rt. G. — Roggen matter, pr. 2000 ℔ loco 45¼—½ Rt. bez., Januar 46¼ Rt. bez. und Br., Frühjahr 45¾—46 Rt. bez. und Br., Mai-Juni 46 Rt. Br., Juni-Juli 46¾ Rt. Br. — Gerste und Hafer ohne Umsatz. — Rüböl fester, loco 15⅜ Rt. bez., ½ Rt. Br., Jan. 15½ Rt. Br., März-April 15⅜ Rt. bez., April-Mai 15⅛, 3/16 Rt. bez., ¼ Rt. Gd., Sept.-Oct. 14¼ Rt. Gd., ⅓ Rt. bez. — Leinöl loco mit Faß 16 Rt. Br., April-Mai 14¾, ⅚ Rt. bez. und Gd., 15 Rt. Br., Mai-Juni 14⅚ Rt. bez. — Spiritus matt, loco ohne Faß 14½, ⅔ Rt. bez., Jan.-Febr 14⅚ Rt. Br., Febr.-März 14 7/12 Rt. Gd., Frühjahr 14⅚ Rt. bez., ¾ Rt. Br., Mai-Juni 15 Rt. Br., Juni-Juli 15¼ Rt. Br. — Palmöl fester, 1ma Liverpooler 14⅚ Rt. Br.

Fondsbörse.

* **Danzig**, 28. Januar. Staatsschuldscheine 90 Br. Westpreuß. Pfandbriefe 3½ % 87¾ Br., do. 4 % 99 Br. do. 4½ % 103½ Br. Staats-Anleihe 4½ % 102 Br. do. 5 % 107 Br. Preuß. Rentenbriefe 99¾ bez. Danziger Privat-Bank-Actien 107 Br.

Berlin, 28. Januar. Wetter: veränderlich. Wind: W. Weizen pr. 25 Scheffel loco 60—72 Rt. — Roggen pr. 2000 ℔ Januar 46½, ⅝ Rt. bez., 46¾ Rt. Br., 46½ Rt. Gd., Jan.-Febr. 46¼, ⅜ Rt. bez. und Br., 46¼ Rt. Gd., Febr.-März 46 Rt. bez. und Br., 45⅞ Rt. Gd., Frühjahr 45¾, ⅞ Rt. bez. und Gd., 46 Rt. Br., Mai-Juni 46 Rt. bez. und Gd., 46¼ Rt. Br., Juni-Juli 46¼ Rt. bez. — Gerste pr. 25 Scheffel große 32—39 Rt. — Hafer loco 22—24 Rt., pr. 1200 ℔ Januar 22¾ Rt. Br., Jan.-Febr. 22¾ Rt. Br., Frühjahr 22¾ Rt. Br., Mai-Juni 23⅛ Rt. Br., Juni-Juli 23½ Rt. Br., ¼ Rt. Gd. — Rüböl pr. 100 Pfund ohne Faß loco 15⅔ Rt. bez., Januar 15 7/12 Rt. bez. und Gd., 15⅝ Rt. Br., Jan.-Febr. 15½, 13/24 Rt. bez., 7/12 Rt. Br., ½ Rt. Gd., Febr.-März 15½ Rt. bez., April-Mai 15⅜, ½, 11/24 Rt. bez., ½ Rt. Br., 5/12 Rt. Gd., Mai-Juni 15¼, ⅓ Rt. bez. und Br., 15¼ Rt. Gd., Juli-August 14½ Rt. bez., Septbr.-Oct. 14, 14 1/24 Rt. bez. — Spiritus pr. 8000% loco ohne Faß 14½, 5/12 Rt. bez., Januar 14⅜ Rt. bez. und Gd., 14 5/12 Rt. Br., Jan.-Febr. do., Febr.-März 14½, 11/24 Rt. bez., Br. und Gd., März-April 14⅔, 7/12 Rt. bez., April-Mai 14 11/12, ⅚ Rt. bez., Br. und Gd., Mai-Juni 15 1/12, 15 Rt. bez. und Gd., 15 1/12 Rt. Br., Juni-Juli 15 5/12, ⅓ Rt. bez., Br. und Gd., Juli-August 15⅝, 7/12 Rt. bez. und Br., 15½ Rt. Gd., August-September 15¾, ⅔ Rt. bez. und Gd., 15¾ Rt. Br., September-October 16, 15 23/24 Rt. bez.

* **London**, 26. Januar. (Kingsford & Lay.) Die Zufuhren von fremdem Weizen betrugen in vergangener Woche 10,699 Qrs., davon kamen 1865 von Cronstadt, 755 von Hamburg, 75 von Harlingen und 8004 von New-York. Von fremdem Mehl erhielten wir 200 Fässer von Jersey, 5249 von New-York und 10 von Dünkirchen. — Das Wetter war seit Freitag trocken und mild bei starkem SW.-Wind. — Die Zufuhren von Weizen aus Essex und Kent waren am heutigen Markt gering, dieselben fanden mit Ausnahme der feinsten Proben nur schwer Nehmer und bedangen kaum die Preise der letzten Woche. Der Markt war ziemlich besucht und von fremdem Weizen wurde fast allein rother Amerikanischer gekauft, der auch nur 1s schlechtere Preise als heut vor acht Tagen erreichte. — Alle Sorten Gerste holten die äußersten Notizen der letzten Woche. — Bohnen und Erbsen waren nur langsam zu begeben. — Bei sehr geringen Zufuhren war Hafer fest, und gute Sorten etwas theurer. — Mehl war wenig mehr begehrt.

Weizen, englischer alter 50—62, neuer 43—58. Danziger, Königsberger, Elbinger pr. 496 ℔ alter 48—56, neuer 52—56, do. extra alter 58—64, neuer 56—60. Rostocker und Wolgaster alter 48—56, neuer 53—55. Pommerscher, Stettiner, Hamburger und Belgischer alter 48—54, neuer 48—52. Petersburger und Archangel alter 38—44. Saxonka, Marianopel und Berdiansk alter 44—48. Polnischer Odessa und Ghirka neuer 40—46. Amerikanischer und Canadischer weißer alter 50—54, neuer 50—54, do. do. rother Winter alter 46—52, neuer 45—51, do. do. Frühjahrs alter 34—48, neuer 35—47.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, den 28. Januar 1863.

Angekommen: L. Klamp, Friedrich der Große, Grimsby, Ballast.

Den 29. Januar. Wind: NW.
Nichts in Sicht.

Fondsbörse.

Berlin, 28. Januar.

	B.	G.		B.	G.
Berlin-Anh. E.-A.	145½	144½	Staatsanl. 53	—	99
Berlin-Hamburg	124¼	—	Staatsschuldscheine	89½	89
Berlin-Potsd.-Magd.	187½	186½	Staats-Pr.-Anl. 1855	129¼	128¾
Berlin-Stettin Pr.-O.	—	—	Ostpreuss. Pfandbr.	88⅜	87⅞
do. II. Ser.	97¾	—	Pommersche 3½% do.	91¾	91¼
do. III. Ser.	97½	97	do. do. 4%	100⅞	100⅜
Oberschl. Litt. A. u. C.	—	159¼	Posensche do. 4%	104¼	103¾
do. Litt. B.	140½	139½	do. do. neue	98	97½
Oesterr.-Frz.-Stb.	135¼	—	Westpr. do. 3½%	88¼	87¾
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	92¾	—	do. 4%	99½	99
Russ.-Poln. Sch.-Ob.	85¼	84¾	Pomm. Rentenbr.	100⅛	99⅝
Cert. Litt. A. 300 fl.	95½	—	Posensche do.	99¼	98¾
do. Litt. B. 200 fl.	—	23½	Preuss. do.	99⅝	99⅛
Pfdr. i. S.-R.	90⅜	89⅜	Pr. Bank-Anth.-S.	125½	124½
Part.-Obl. 500 fl.	93½	92½	Danziger Privatbank	107	—
Freiw. Anleihe	—	101½	Königsberger do.	—	99½
5% Staatsanl. v. 59	107⅛	106⅝	Posener do.	99	—
St.-Anl. 4/5/7	102⅛	101⅝	Disc.-Comm.-Anth.	98½	—
Staatsanl. 56	102⅛	101⅝	Ausl. Goldm. à 5 Rt.	110¼	109¾

Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	144⅛	143⅞	Paris 2 Mon.	80 1/12	79 11/12
do. do. 2 Mon.	143¼	143	Wien öst. Währ. 8 T.	86¼	86½
Hamburg kurz	152¼	152	Petersburg 3 W.	100⅛	99⅞
do. do. 2 Mon.	151⅜	151⅜	Warschau 90 SR. 8 T.	90	89¼
London 3 Mon.	6. 21	6. 20¼	Bremen 100 Rt. G. 8 T.	—	109¼

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 28. Januar. Nach einem Telegramm der „Presse" aus London vom gestrigen Tage verlautet in dortigen diplomatischen Kreisen, daß Lord Palmerston den Prinzen Eduard von Sachsen-Weimar, Vetter des Großherzogs, zum Candidaten für den griechischen Thron vorgeschlagen werde.

Wien, 28. Januar, Abends. Die Abendausgabe der heutigen „Wiener Zeitung" enthält ein Telegramm aus Warschau vom 27. Abends, wonach in Plock die Rekrutirung ohne Schwierigkeit ausgeführt, die Verbindung zwischen Plock und Warschau wieder hergestellt und die Umgegend von Modlin von Insurgenten gesäubert ist.

Von der polnischen Grenze, 28. Januar, Abends. Der Warschauer „Dziennik" veröffentlicht einen detaillirten Bericht über Gefechte bei Bodzentyn, Suchednio, Leczna und Plock, in denen die Insurgenten überall zerstreut und ihnen viele Gefangene abgenommen wurden, jedoch nicht ohne bedeutende Verluste auch auf der anderen Seite. Warschau ist ruhig.

Paris, 27. Januar, Abends. Die „Presse" glaubt zu wissen, daß die Pforte an Oesterreich und England eine Note gerichtet habe, in der sie Rußland anklagt, an den Waffensendungen nach Serbien mitschuldig zu sein und Serbien zum Angriff auf die türkischen Festungen zu drängen. Die „Presse" fügt hinzu, daß Rußland im Süden Geschützparks zusammenziehe.

Paris, 28. Januar, Abends. Man versichert aus guter Quelle, daß der Fürst von Leiningen als Candidat für den griechischen Thron in Vorschlag gebracht sei.

Die Minister ohne Portefeuille haben heute in der Adreßcommission Erklärungen abgegeben.

Paris, 28. Januar. Der „Moniteur" publicirt eine Depesche von Drouyn de Lhuys an Mercier vom 9. Januar, betreffend einen neuen Schritt zur Friedensstiftung bei dem Cabinet von Washington. Es heißt darin, die französische Regierung habe die gegen eine freundschaftliche Vermittelung erhobenen Einwendungen reiflich geprüft. Von den guten Diensten einer anderen Macht Gebrauch zu machen, sei nicht unverträglich mit dem Stolze eines großen Volkes, am Wenigsten wenn der Vorschlag nicht der Basis der künftigen Friedensverhandlungen präjudicire. Frankreich bestreite Amerika keineswegs das Recht, die Mitwirkung der Großmächte abzuweisen, aber eine solche Mitwirkung sei das einzige Mittel, die Beendigung des Krieges zu beschleunigen. Wenn das Cabinet von Washington jede Einmischung des Auslandes abweise, so könnte es wenigstens auf directe Unterredungen mit den Behörden der Südstaaten eingehen. Die Eröffnung von Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Theilen würde nicht nothwendig eine Einstellung der Feindseligkeiten mit sich bringen. Nichts würde dem Beginn von Unterhandlungen mit dem Süden entgegenstehen, wenn der letztere damit einverstanden, daß die beiderseits gewonnenen Vortheile durch Fortsetzung des Krieges weiter verfolgt würden. Die Vertreter beider Theile würden sich in einer für neutral zu erklärenden Stadt zu versammeln und sich zunächst mit der Frage zu beschäftigen haben, ob nichts übrig bleibe als eine Trennung, oder ob die alten Erinnerungen mächtiger seien als die Ursachen, welche die Bevölkerungen zu den Waffen getrieben haben. Eine solche Unterhandlung würde keineswegs dem Einwande ausgesetzt sein, welcher gegen die Einmischung Europas erhoben worden sei. Drouyn de Lhuys ermächtigt Mercier, Abschrift der Depesche bei dem Staatssecretär zurückzulassen.

London, 28. Januar. Berichten aus Newyork vom 15. d. zufolge hat der Congreß ein Gesetz zur Emission von 100 Millionen Dollars in Schatzscheinen angenommen. Im Congreß hielt Ballandigham eine Rede zu Gunsten der Vermittelung oder eines Waffenstillstandes, einen schiedsrichterlichen Spruch jedoch verwerfend. In der gesetzgebenden Versammlung von New-Yersey ist ein Antrag eingebracht worden, der einen Waffenstillstand und eine Convention verlangt, behufs von Unterhandlungen über eine freundschaftliche Einigung zwischen dem Norden und dem Süden.

Der Cours auf London war in Newyork 163, Goldagio 48, Baumwolle sehr fest, 71, Mehl und Weizen gefragt, letzterer 2 höher, Roggen fest.

London, 28. Januar, Mittags. Die Bank von England hat den Discont auf 5 pCt. erhöht. Consols wurden zu 92⅛ gehandelt.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stunde	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
29	8	337,04	+ 0,7	NW. stürmisch; hell.
	12	337,17	+ 2,6	WNW. frisch do.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Henriette** mit dem Kaufmann Herrn **Robert Opet** beehren wir uns Verwandten und Freunde statt besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuzeigen.

Danzig, den 29. Januar 1863.

H. Alter und Frau.

Angekommene Fremde am 28. Januar.

Englisches Haus: Rechnungsrath Rasche a. Königsberg. Kaufl. Hirsch, Runge u. Brenner a. Berlin, Lourant a. Brüssel, Zeist a. London, Haas a. Paris. Frau Rentier Wiebe n. Frl. Tochter a. Elbing.

Hôtel de Berlin: Kaufl. Eck a. Stettin, Rimpler, Reich u. Norbert a. Berlin.

Hôtel de Thorn: Gutsbes. Schelski n. Gem. a. Grzymalla. Kaufl. Rewald, Hütte u. Menzel a. Berlin. Frau Rittmstr. Blehn n. Frl. Tochter a. Dalwin, Frl. Laura u. Bertha Jobst a. Barendt.

Walters Hôtel: Landrath a. D. Bustar a. Hoch-Kölpin. Rechtsanw. Valois a. Dirschau. Rittergutsbes. Krate a. Helenenhof, Kratz a. Cosemühl. Mühlenbes. Pieske a. Pr. Stargardt. Kaufl. Krüger a. Osnabrück, Schmuhling a. Tilsit. Frau Landräthin Blindow n. Frl. Tochter a. Berent.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.